

## «Stadt verkauft sich unter Wert»



*Der Vertrag lässt ihnen keine Ruhe: Annerose Tanke (von links), Matthias Möller-Meinecke, Eleonore Wagner, Bruno Zecha und Thomas Rahner. Foto: Niess*

**BIK und WIK wehren sich gegen den Vertrag mit der Fraport. Zur Überprüfung haben sie Anwälte eingeschaltet.**

Kelsterbach. Der Vertrag zwischen Kelsterbach und der Fraport soll am Montag endgültig die parlamentarische Hürde in der Stadtverordnetenversammlung nehmen. Allerdings nicht, wenn es nach der Wählerinitiative Kelsterbach (WIK) und der Bürgerinitiative Kelsterbach (BIK) geht. Nachdem bei der jüngsten Sitzung des Stadtparlaments nahezu alle Anträge der WIK abgelehnt worden waren, präsentierten sie neue Argumente, die eine schnelle Entscheidung durchaus bedenklich erscheinen lassen.

Der wesentliche Punkt war damals die Forderung von WIK und CDU, den Vertrag von einem neutralen Rechtsanwalt prüfen zu lassen. Die SPD-

Mehrheit im Stadtparlament sah hierzu keinen Anlass. BIK und WIK hatten daher selbst zwei Kanzleien mit der Prüfung beauftragt, wie Eleonore Wagner erklärte.

Bei der Vorstellung der Ergebnisse machte Thomas Rahner, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, deutlich, dass er vor allem bei dem Pauschalpreis von 28,7 Millionen Euro zur Auffassung komme, dass dieser nicht dem vollen Wert entspreche.

## Kaufpreis zu niedrig

«Der Vertrag benachteiligt einseitig Kelsterbach», fasste der Rechtsanwalt und frühere SPD-Bürgermeister von Biebesheim sein Ergebnis zusammen. Damit werde das wirtschaftliche Vermögen der Stadt deutlich reduziert, ergänzte Thomas Rahner, der als Fraktionsvorsitzender der SPD auch im Groß-Gerauer Kreistag sitzt.

Neben dem Kaufpreis, der seiner Meinung nach um mindestens zehn Millionen Euro zu niedrig sei, stören ihn auch einige Formulierungen in der Vereinbarung zwischen Flughafenbetreiber und Stadt. Eine Einschätzung, die auch sein Kollege, Matthias Möller-Meinecke, teilte. «Wir kannten die Ergebnisse des jeweils anderen nicht», sagte der Jurist, dessen Fachgebiet ebenfalls das Verwaltungsrecht ist. Dennoch hätten sich sehr viele Übereinstimmungen ergeben. «Aus meiner Sicht wäre es geboten, ein Gutachten einzuholen, das nicht von der Fraport beeinflusst ist», fasste er die Diskussion zusammen.

Darüber hinaus seien ihm auch einige Details bei der Durchsicht des Vertrages aufgefallen. So werde seiner Ansicht nach der 68er-Vertrag mit dem neuen aufgehoben. Dabei hätte die Stadt Folgeregelungen finden müssen, wie die Schallschutzwand in Zukunft aussehe. Wegen der beiden Brücken zu der neuen Landebahn musste die alte Schallschutzwand teilweise entfernt werden.

## Holzpreis ist Thema

Auch der Holzpreis kam wieder zur Sprache. Die Fraport habe als «Geschäftsführer ohne Auftrag», wie es juristisch formuliert wird, gehandelt, als sie das Holz entfernen ließ. Da die Stadt bis heute nichts über den Erlös des Holzes wisse, könnte das sogar strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen, wie sich der Rechtsanwalt ausdrückte.

Letztlich sei ein komplett neuer Vertrag erforderlich. Allerdings sei davon auszugehen, dass die SPD-Mehrheit den Vertrag am Montag durchwinke, wie Eleonore Wagner und Annerose Tanke feststellten.

Die Anwälte machten aber deutlich, dass damit die Rechtsmittel nicht ausgingen. Bereits jetzt seien der Landrat des Kreises Groß-Gerau und das Regierungspräsidium Darmstadt eingeschaltet. Zudem könnten Magistrat und Bürgermeister in die Haftung genommen werden und auch die Einschaltung des Verwaltungsgerichtes sei möglich. Am Besten sei aber, das Ganze in Ruhe zu überarbeiten. So oder so, es bleibt spannend, denn BIK und WIK werden, außer der Vertrag würde vom Parlament nicht verabschiedet, auch nach der Stadtverordnetenversammlung nicht klein begeben. Bürgerbegehren war noch eines der Stichworte, die fielen.  
khn